

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/01/2010
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 10.03.2010
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Haushaltsplanberatungen 2010
4. Anliegen der Jugendräte
5. Bündnis für Familien
6. Stand der Umsetzung des KiBiz
Errichtung einer Kindertageseinrichtung am Standort Dödterstraße 12
Vorlage: 0209/2010
7. Beirat Kinderschutzambulanz
8. Offene Ganztagschule
5. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen – Vorverlegung
des Kündigungstermins ab dem Schuljahr 2010/2011
Vorlage: 0090/2010
9. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses in diesem Jahr. Er entschuldigt die Abwesenheit von Herrn Koslowski und Herrn Gebauer, die aufgrund anderer terminlicher Verpflichtungen nicht an der Sitzung teilnehmen können.

Er informiert darüber, dass er gestern erfahren habe, dass die Verwaltung intern noch eine Beschlussvorlage erstellt habe zur heutigen Beratung im Jugendhilfeausschuss. Es gehe um eine neue Kindertageseinrichtung in der Dödterstraße. Die Vorlage sollte auch in der Bezirksvertretung Mitte und im Stadtentwicklungsausschuss beraten werden. Da es sich um eine bedeutsame Vorlage handele, schlage er vor, die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt 6 – Stand der Umsetzung des KiBiz – zu beraten und als erste Lesung zu betrachten. Es sei außerordentlich wichtig, sich auch unter gesamtstädtischen Gesichtspunkten fundiert mit der Sache auseinanderzusetzen.

2. Mitteilungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Burghardt berichtet, dass sie am heutigen Tage einen Anruf vom Gesundheitsamt bekommen habe, dass die Stelle der halbtags beschäftigten Familienhebamme gestrichen sei. Frau Korthaus habe als Nachfolgerin von Frau Rodney nur einen Arbeitsvertrag für zwei Jahre bekommen. Dieser Vertrag ende am 15.05.2010. Ein Wiederbesetzungsantrag sei abgelehnt worden. Der Kinderschutzbund und andere Einrichtungen seien in diesem Zusammenhang vom Gesundheitsamt gefragt worden bzw. würden noch gefragt werden, ob sie bereit seien, diese Stelle zu übernehmen. Sie sei der Meinung, dass der Jugendhilfeausschuss zu dieser Problematik Stellung beziehen müsse.

Die Arbeit der Familienhebamme müsse eine kommunale Aufgabe sein, weil es eine ganz besondere kommunale Vernetzung für diese Stelle geben müsse.

Herr Dr. Schmidt erklärt in Richtung von Frau Burghardt, dass er ihre Betroffenheit teile.

Er sei auch der Auffassung, dass die Stelle einer Familienhebamme in Hagen absolut notwendig sei. Es handele sich seines Erachtens auch um eine Pflichtaufgabe.

Herr Oberbürgermeister Dehm habe nicht entschieden, die Stelle zu streichen. Es habe sich das Problem gestellt, dass die Stelleninhaberin befristet eingestellt sei. Wenn man sie weiter beschäftigt hätte, sei das einer Festanstellung gleichgekommen. Er habe darum gebeten, zu prüfen, ob diese Tätigkeit zum Beispiel über Werkverträge mit ortsansässigen Hebammen weitergeführt werden könne oder alternativ eine neue Stelleninhaberin zu suchen sei.

Zuständiger Ausschuss sei der Sozialausschuss, in dem dieser Sachverhalt zum Thema „Haushaltsplanberatungen 2010“ zu beraten sei.

Herr Strüwer fasst als Fazit zusammen, dass nach den gemachten Ausführungen durchaus geschaut werde, ob man diesen überaus wichtigen Aufgabenbereich weiterführen könne. Er bäte jedoch bei solchen Mitteilungen zu schauen, ob der Jugendhilfeausschuss zuständig sei und ob genügend Informationen vorhanden seien, um sich abschließend eine Meinung bilden zu können. Die Angelegenheit werde am 24.03.2010 im Sozialausschuss behandelt. Bis dahin lägen sicher auch mehr Informationen zu der Thematik vor.

Frau Burghardt ist damit nicht zufrieden. Auch wenn die Zuständigkeit beim Sozialausschuss liege, sei sie der Meinung, dass sehr wohl Inhalte und Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe und des Kinderschutzkonzeptes tangiert seien. Sie bäte darum, Informationen über solche Sachverhalte frühzeitig zu geben, damit man als Ausschuss in der Lage sei, zu handeln. Frau Korthaus habe Vertrauensverhältnisse aufgebaut, die bei Einstellung einer neuen Person neu aufgebaut werden müssten. Sie sei nicht bereit, das in der Form zu akzeptieren. Sie halte es für unschädlich, dass der Jugendhilfeausschuss dazu ein Statement abgebe.

Herr Dr. Schmidt merkt an, dass all diese Argumente in der Vorstandssitzung gefallen seien.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass man der Verwaltung Raum geben müsse, möglicherweise einen anderen Vorschlag zu unterbreiten und in den zuständigen Gremien zu beraten.

Herr Fischer gibt zu bedenken, dass ja die Möglichkeit bestünde, dass Frau Korthaus von einem freien Träger eingestellt würde. Vielleicht könne man diesen Gedanken mit in die Prüfung einbeziehen.

Frau Burghardt ist der Meinung, dass es sich hier um eine Pflichtaufgabe der Kommune handelt. Sie bäte die Träger, das Angebot der Übernahme der Aufgabe auszuschlagen, damit diese bei der Kommune bleibe. Man habe keine Garantie dafür, dass in ein paar Jahren nicht auch dieser Zuschuss dann gekappt würde. Nur so könne die Stelle dauerhaft manifestiert und ggf. ausgebaut werden.

Frau Klos-Eckermann schließt sich den Ausführungen von Frau Burghardt an. Sie formuliert eine Empfehlung an den Sozialausschuss.

Frau Helling fragt, ob es rein juristisch die Möglichkeit gebe, Frau Korthaus als Familienhebamme weiterzubeschäftigen.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass das juristisch möglich sei, der Oberbürgermeister jedoch damit gegen Auflagen des Regierungspräsidenten verstoßen und sich möglicherweise schadensersatzpflichtig machen würde.

Herr Fischer weist darauf hin, dass auch eine kommunale Aufgabe von einem freien Träger wahrgenommen werden könnte. Die Stadt könne sehr wohl jemanden mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragen. Es gebe viele Beispiele dafür, dass das eine gute Lösung sein könne.

Frau Haack macht darauf aufmerksam, dass es sich bei der Arbeit der Hebamme um einen ganz sensiblen Bereich handele und darauf zu achten sei, dass die Vorschriften des Datenschutzes eingehalten werden müssten.

Herr Strüwer greift den Vorschlag von Frau Klos-Eckermann auf und lässt über die Empfehlung an den Sozialausschuss abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Sozialausschuss, im Sinne der kontinuierlichen Weiterarbeit bezüglich früher Hilfen, nach Möglichkeiten der Weiterführung der kommunalen Aufgabe der Familienhebamme zu suchen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Herr Fischer möchte auf eine Veranstaltung aufmerksam machen, die Anfang des Jahres stattgefunden habe. Die Kindertafel habe den zweiten Kalender herausgebracht. Es gebe noch einige Restexemplare, die er zur Verfügung stelle. Außerdem teilt er mit, dass die evangelische Jugend in diesem Jahr 90 Jahre alt würde.

Er lade am 23. März in den Cinestar ein, um dort einen gemeinsamen Gottesdienst zu feiern und einen Film zu schauen. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses seien eingeladen, sich dazu anzumelden.

Herr Feldhaus teilt mit, dass er einen interessanten Zeitungsartikel gelesen habe, in dem es um eine mögliche Mehrwertsteuererhöhung bei Schülern gegangen sei. Die Stadt Tübingen habe einen Brief an Herrn Schäuble geschickt, dass es nicht sein könne, dass gerade in diesem Bereich der Schulverpflegung ein Mehrwertsteuersatz in Höhe von 19 % erhoben würde. Er erklärt, dass er es begrüßen würde, hier im Ausschuss eine Resolution aufzusetzen, um auf den Gesetzgeber einzuwirken.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass man in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung auf jeden Fall über den Offenen Ganztag sprechen würde. Er bitte die Verwaltung, den angesprochenen Punkt an der Stelle aufzugreifen. Grundsätzlich bäte er darum, die vorgegebene Tagesordnung dahingehend zu beachten, dass es einen Unterschied zwischen Mitteilungen und Resolutionen gebe. Der richtige Weg sei grundsätzlich der, die Angelegenheit vorab dem Vorsitzenden mitzuteilen, damit dieser die Möglichkeit habe, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Haense freut sich, dem Ausschuss mitteilen zu können, dass am morgigen Tag die Kinderschutzambulanz der Öffentlichkeit vorgestellt würde. Er bedankt sich ganz herzlich bei allen, die an diesem Projekt mitgewirkt haben.

3. Haushaltsplanberatungen 2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Walter erläutert den Haushaltsplanentwurf 2010 und die dazu ausgelegten Unterlagen (**siehe Anlagen 1 – 3 zu TOP 3**).

Herr Strüwer findet den im Haushaltsplanentwurf gemachten Hinweis auf die gesamtstädtische Schuldenentwicklung der Stadt Hagen sinnvoll. Pro Tag baue die Stadt Hagen 420.000 € neue Schulden auf. Das sei sehr beängstigend. Es sei für die Stadt Hagen nicht möglich, die Aufgaben allein zu stemmen. Man werde sich bewegen müssen, um Schulden abzubauen. Erst dann könne man auf Hilfe vom Land oder Bund hoffen.

Herr Dr. Schmidt weist auf eine wichtige Aussage von Frau Walter hin, dass man primär über Ziele und Kennzahlen steuern wolle. Er verweist auf die letzten 17 Seiten im Haushaltsplanentwurf. Er bittet, die Ziele der Kinder- und Jugendarbeit als Überschrift in den Haushaltsplanberatungen den erforderlichen

Haushaltsmitteln gegenüberzustellen und dann zu erklären, ob man mit den Zielen einverstanden sei.

Herr Strüwer hält die Formulierung von Herrn Dr. Schmidt für dahingehend irreführend, als dass damit suggeriert würde, man habe die freie Verfügungsmasse noch im Hintergrund, um freie Entscheidungen treffen zu können. Dies sei nicht der Fall. Dieser Haushaltsplan sei sicher darauf gegründet, dass weite Teile dieses Fachbereiches mit seinen Leistungen und Aufgabenstellungen auf rechtlichen Verpflichtungen basiere. Man habe in bestimmten Bereichen gute Standards aufgebaut, die sicher in den Zahlen für 2010 Berücksichtigung gefunden hätten. In den nächsten Jahren werde es harte Diskussionen dazu geben.

Grundlage für die Beratung könnten die vorgelegten Teilergebnispläne sein. Möglicherweise käme man in der Zukunft zu neuen inhaltlichen Bewertungen.

Er schlägt vor, die Teilergebnispläne nacheinander abzuarbeiten.

Er stellt Fragen zum Teilplan 1.21.42 – Fördermaßnahmen für Schüler -, die von Herrn Goldbach beantwortet werden.

Herr Steuber erläutert eine Frage zum Teilplan 1.31.41 – Unterhaltsvorschussleistungen -.

Auf Nachfrage von Herrn Steuber erklärt Frau Walter zum Teilplan 1.36.10 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen -, dass der in der Veränderungsliste ausgewiesene Mehrbetrag in Höhe von 350.000 € für den Ausbau der Tagespflege in der Zeile 15 bei den Transferaufwendungen zusätzlich zur Verfügung gestellt würde.

Auf eine Frage von Herrn Strüwer zu den nicht vorhandenen Steigerungen in diesem Teilplan, die im Gegensatz zu dem politischen Ziel stünden, die Tagespflege ausweiten zu wollen, erklärt Herr Dr. Schmidt, dass der Ausbau der Tagespflege gewollt sei. Hinter den aufzustockenden Mittel in Höhe von 350.000 € stehe der Auftrag an die Caritas zur Gestaltung der Kindertagespflege. Die Stadt wolle sich aus diesem Bereich herausziehen. Die Zahlen beruhten auf den Berechnungen des externen Partners.

Er bittet Frau Walter und die Mitarbeiter des Fachbereichs, zu den entsprechenden Teilplänen die Hinweise aus der Veränderungsliste und der Konsolidierungsliste zu geben.

Herr Feldhaus weist darauf hin, dass er zu den Erläuterungen zu dem Teilplan irritiert gewesen sei. Man habe im Jugendhilfeausschuss zu dem Thema Tagespflege diskutiert. In der Erläuterung sei noch vom Müttertageswerk die Rede. Nach seiner Kenntnis sei doch noch offen, wie das Verfahren in Hagen umgesetzt werde. Herr Dr. Schmidt habe in diesem Zusammenhang die Caritas erwähnt. Er bittet um Aufklärung.

Herr Steuber macht deutlich, dass es insoweit in der Entscheidungsphase sei, dass man erst heute Mittag die Information erhalten habe, dass das Geld be-

reitgestellt werde. Man sei daher bis heute nicht in der Lage gewesen, die Leistungs- und Entgeltvereinbarung mit der Caritas abzuschließen. Das könne jetzt kurzfristig erfolgen. Das angepeilte Ziel sei, 320 zusätzliche Tagespflegeplätze zu erreichen. Man habe nicht vergessen, dass die Trägerlandschaft zu diesem Thema ausgeweitet werden solle. Das werde man auch weiterhin verfolgen.

Zum Teilplan 1.36.20 – Jugendarbeit – weist Herr Goldbach auf eine Konsolidierungsmaßnahme bei dem kommunalen Angebot von Ferienfreizeiten hin, die im Haushaltsplanentwurf 2010 jedoch bereits berücksichtigt sei.

Herr Strüwer ergänzt, dass sich der Bereich der Jugendarbeit auch im Kinder- und Jugendförderplan wiederfinde, über den der Ausschuss in Kürze zu entscheiden habe.

Er gehe davon aus, dass diese Maßnahme dort nachvollziehbar dargestellt sei.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer erläutert Frau Walter, dass man aufgrund der Gliederungsvorschriften gehalten sei, den städtischen Bereich und den Bereich der vertraglichen Regelungen mit freien Trägern auseinanderzuhalten.

Herr Strüwer merkt an, dass die Dinge mit dem Instrument des Kinder- und Jugendförderplans nachvollziehbarer seien. Man sei froh darüber, dass es in Hagen so ein gutes Miteinander zwischen Stadt und freien Trägern, Jugendorganisationen und Wohlfahrtsverbänden gebe und man auch gemeinsam an inhaltliche Planungen gehe. Es sei bedauerlich, dass man das an dieser Stelle nicht transparenter und übersichtlicher gestalten könne.

Herr Goebels erläutert die finanziellen Veränderungen zum Teilplan 1.36.30 – Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen / Familien -.

Frau Walter teilt dazu mit, dass es sich um eine Steigerung in diesem Bereich um ca. 600.000 € handelt.

Herr Strüwer ergänzt, dass die finanzielle Entwicklung in diesem Bereich in den letzten Jahren extrem hoch gewesen sei. Der Bereich der Erziehungshilfen sei sehr kostenintensiv. Man werde sich mit diesem Bereich in den kommenden Monaten intensiv auseinandersetzen.

Herr Goebels weist darauf hin, dass die Stadt Hagen im Vergleich mit anderen Kommunen nicht an der Spitze der Ausgaben liege.

Herr Haensel ist der Meinung, dass man bei einem Rückblick über die ganzen Jahre feststellen könne, dass man sich auch im interkommunalen Vergleich auf einem guten Mittel bewege. Es bliebe die Aufgabe, durch Prävention einen anderen Zugang zu ermöglichen und die Hilfesysteme angemessen zu verändern. Das würde auch eine wirtschaftliche Entlastung zur Folge haben.

Herr Steuber weist in diesem Zusammenhang auf die Fortführung des Projektes mit dem Landesjugendamt hin. Die Gedanken aus diesem Projekt seien in der Verwaltung weiter vorangetrieben worden. Man habe ein Konzept dazu

entwickelt, das in einer ersten Lesung dem Verwaltungsvorstand präsentiert worden sei. Man wolle eine Summe von 500.000 € in niederschwellige Angebote investieren. Diese könnten nach dem Konzept in den Familienzentren entwickelt werden. Zurzeit plane man, mit dem Finanzvorstand darüber nachzudenken, wie eine Wirksamkeitsanalyse in Hagen gelingen könne. Der Ausschuss würde weiterhin über die Entwicklung informiert.

Herr Strüwer stellt eine Frage zum Teilplan 1.36.50 – Tageseinrichtungen für Kinder - .

Frau Haack erläutert zu dem Mehrertrag von 2 Millionen Euro, dass dieser Betrag vom Land zum Ausbau der Familienzentren vorgesehen sei. Das Gleiche gelte für die Sprachförderung.

Herr Schurgacz möchte wissen, ob die städtischen Einrichtungen finanziell genauso gestellt würden wie die Einrichtungen der freien Träger. Sei es auch so, dass die Summe der Kopfpauschalen das Budget für die Einrichtung ergebe? Sei das auch für die städtischen Einrichtungen auskömmlich?

Herr Dr. Schmidt antwortet, dass abgesehen von dem Minderzuschuss im Vergleich zu den freien Trägern, der sich in einem höheren Eigenanteil bemerkbar mache, die Kindpauschalen in der gleichen Abrechnungsweise für die kommunalen Einrichtungen gelte.

Herr Schurgacz erläutert, dass man ein gewisses Budget für eine Einrichtung habe. Dieses setze sich zusammen aus Landeszuschuss, kommunalen Zuschuss und Trägeranteil. Seine Frage sei nun, ob die Stadt mit diesem Budget auskomme oder ob zugeschossen werden müsse.

Herr Steuber versteht die Frage von Herrn Schurgacz dahingehend, ob die Stadt eine städtische Kindertagesstätte mit den Kindpauschalen und dem Trägeranteil betreiben könne oder ob es darüber hinaus versteckte zusätzliche freiwillige Leistungen gebe.

Herr Schurgacz macht deutlich, dass es kein Geheimnis sei, dass man in Hagen ca. 400 Kindergartenplätze abbauen müsse. Es stelle sich die Frage, wo man kostengünstig gute Kindergartenbetreuung anbieten könne und wo demnächst abzubauen sei.

Das müsse sozial- aber auch kostenverträglich geschehen.

Frau Klos-Eckermann wundert sich, dass als gesetzliche Grundlage fälschlicherweise das GTK genannt sei.

Zum Teilplan 1.36.60 – Einrichtungen der Jugendarbeit – weist Herr Goldbach auf die auf Seite 89 aufgeführten Investitionsmaßnahmen hin. Dort sei im Rahmen des Konjunkturpaketes II der Kinderspielplatz Dreieckstraße genannt, der bereits ausgeschrieben sei. Auch der Kinderspielplatz Drostenhof im Bereich des Bezirks Hohenlimburg werde voraussichtlich bis zum Spätsommer diesen Jahres fertig gestellt.

Herr Strüwer formuliert den Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Entwurf des Haushaltsplanes 2010 – soweit seine Zuständigkeit gegeben ist – unter Berücksichtigung der vorgelegten Änderungsliste zu.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

4. Anliegen der Jugendräte

Frau Fischer berichtet, dass aufgrund der Initiative des Jugendrats Haspe in Kooperation mit dem Kinderschutzbund eine Spendensammelaktion aller Bezirksjugendräte für die Erdbebenopfer in Haiti stattfindet.

In der letzten Sitzung des gesamtstädtischen Jugendrats sei von der RAA Hagen das Projekt „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ vorgestellt worden. Diese Veranstaltung werde am 28.04.2010 im Emil-Schumacher-Museum stattfinden. Dem Jugendrat sei angeboten worden, sich dort mit einem Infotisch zu beteiligen. Man unterstütze das Projekt grundsätzlich und entscheide in den nächsten beiden Wochen über die Mitwirkung des Jugendrates.

Weiterhin gebe es zu dem geplanten Forum mit der Hagerer Verkehrsgesellschaft viel Interesse auch seitens der Bezirksvertretungen. Das Forum solle kurz nach den Osterferien stattfinden. Einen genauen Termin gebe es noch nicht.

Frau Grüger teilt zum Projekt „Spielplatzpaten“ mit, dass dieses sehr erfolgreich laufe. Man freue sich, das Projekt wiederaufnehmen zu können, nachdem es

aufgrund der Wetterverhältnisse eingestellt worden sei.

Im Jugendrat stünden nach zwei Jahren wieder Wahlen an. Leider würde das in den Schulen nicht immer wahrgenommen. Daher habe sich der Jugendrat dazu entschlossen, Infoveranstaltungen durchzuführen. Dazu werde im April ein Wochenendseminar stattfinden, in dem sich alle Interessierten ausbilden lassen könnten.

Außerdem sei vorgeschlagen worden, im Sommer eine Jugendratsparty im Kanuverein Wetter zu veranstalten. Diese solle dazu dienen, dass man sich besser kennenlerne und Erfahrungen austauschen könne.

Frau Köppen fragt, wie sich das Leben in den neuen Räumlichkeiten im CVJM gestalte.

Die Vertreterinnen des Jugendrates schlagen vor, dazu in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses Bericht zu erstatten.

5. Bündnis für Familien

Frau Walter berichtet von den Aktivitäten des Bündnisses für Familien (**siehe Anlage zu TOP 5**).

6. Stand der Umsetzung des KiBiz Errichtung einer Kindertageseinrichtung am Standort Dödterstraße 12 Vorlage: 0209/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer verweist auf seine Ankündigung, die Vorlage zur Errichtung einer Kindertageseinrichtung am Standort Dödterstraße 12 in Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt zu behandeln. Es solle sich heute zunächst um eine Erstinformation für den Jugendhilfeausschuss handeln.

Frau Haack erläutert die Tischvorlage.

Herr Haensel möchte wissen, wer der Investor dieses Vorhabens ist.

Frau Haack erklärt, dass es sich bei dem Investoren um Herr Wabbel handelt. Der Sohn von Herrn Wabbel sei der ausführende Architekt.

Herr Strüwer erinnert an eine Sitzung des JHA im Dezember, in der es fast so ausgesehen hätte, dass die Stadtkirchengemeinde einen Anmeldestopp für

mehrere Einrichtungen erlassen werde. Es sei nicht klar gewesen, ob getroffene Absprachen eingehalten würden. In der anschließenden sehr konstruktiven Diskussion habe die Stadtkirchengemeinde dieses ursprüngliche Vorhaben zurückgezogen. Nach wie vor würden alle Kindertageseinrichtungen in den gewünschten Gruppenstärken zur Auswahl angeboten.

Man habe seinerzeit allerdings auf finanzielle Engpässe hingewiesen, die eine solche Vorgehensweise für die Zukunft erneut in Frage stelle.

In dieser Vorlage sei die evangelische Kirche ganz allgemein beteiligt. Es stelle sich für ihn die Frage, ob das noch zusammenpasse. Sei in der evangelischen Kirche darüber nachgedacht worden, wenn man Einrichtungen an einem neuen Standort eröffne, dass man sich ggf. auch an anderer Stelle zurückziehe? Darüber hinaus gehe er auch davon aus, dass man sich Gedanken über eine mögliche Finanzierung einer solchen Kindertageseinrichtung gemacht habe. Die Träger hätten einen entsprechenden Eigenanteil aufzubringen.

Dabei sei auch eine gesamtstädtische Sozialraumbetrachtung in die Überlegungen mit einzubeziehen. Er wünsche sich, dass man konstruktiv überlege, an welcher Stelle bei welchem Träger Plätze abgebaut werden könnten.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass mit den geplanten neuen 7 Gruppen natürlich ein Abbau an andere Stelle gegenüber stehe. In diesem Zusammenhang müssten natürlich Gespräche mit den freien Trägern geführt werden, um eine Abstimmung vorzunehmen. Man wolle dies auf der Linie der alten Ratsbeschlüsse tun. Der U – 3 Ausbau solle mit der alten Quote erfüllt werden. Er hoffe, dass man die 70/30 Quote (70% Unterbringung in der Tagesstätte / 30% Tagespflege) erreichen könne. Wichtig sei es, die Trägervielfalt in Hagen zu erhalten. Es gebe die Problematik, dass die Investitionspauschalen für den U – 3 Ausbau nicht auskömmlich seien. Da stünden die Kommunen vor schweren Entscheidungen.

Herr Strüwer bittet Frau Haack, die Informationen auch den nachfolgend beratenden Gremien zu geben.

Frau Haack informiert, dass die Verwaltung die freien Träger bereits für den 18. März zu konkreten Gesprächen eingeladen habe. Es gehe jetzt auch um den Abbau der 3-6 Plätze. Das sei bei der geplanten Einrichtung in der Dödterstraße bereits berücksichtigt.

Sie weist auf das Problem hin, dass die Investmittel des Bundes bis zum 30. Juni beantragt werden müssten. Deswegen bäte sie in der heutigen Sitzung um eine Entscheidung.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass der Antrag auf jeden Fall gestellt werden könne. In der heutigen Sitzung werde man die Vorlage nur in erster Lesung zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

7. Beirat Kinderschutzambulanz**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goebels skizziert den Werdegang der Einrichtung der Kinderschutzambulanz.

Vorgesehen sei, dass die Arbeit der Kinderschutzambulanz durch einen Fachbeirat begleitet werden solle. In diesem Fachbeirat sollten neben Vertretern des Trägers auch Vertreter von unterschiedlichen Professionen und Institutionen zusammentreten. Zwischen dem Allgemeinen Krankenhaus Hagen und der Kinderschutzambulanz seien Kooperationsvereinbarungen getroffen worden.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass morgen die offizielle Eröffnung der Kinderschutzambulanz sei. Die Anbindung des Beirates an den Jugendhilfeausschuss sollte gegeben sein. Aus diesem Grund schlägt er für den Beirat Herrn Reinke und als seine Vertreterin Frau Klos-Eckermann vor.

Herr Steuber schlägt Herrn Goebels als Vertreter für die Verwaltung vor.

Herr Strüwer lässt über die Vorschläge abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss schlägt für die Besetzung des Beirates der Kinderschutzambulanz folgende Personen vor:

Herrn Detlef Reinke

Frau Sybille Klos-Eckermann als Vertreterin von Herrn Reinke

Herrn Christian Goebels als Vertreter des Fachbereiches Jugend & Soziales

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
-------------------------------------	------------------------

<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

8. Offene Ganztagschule
5. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen – Vorverlegung des Kündigungstermins ab dem Schuljahr 2010/2011
Vorlage: 0090/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass es sich um eine Verschiebung von 5 Monaten nach vorn handele. Was sei mit den Eltern, bei denen der Offene Ganztagsplatz aus irgendwelchen Gründen gekündigt werden müsse. Kämen die aus dem Vertrag raus?

Herr Goldbach antwortet, dass rein formal für ein weiteres Jahr die Verpflichtung bestünde. Praktisch würde man die Eltern aus dem Vertrag entlassen, weil man diese Plätze ohne Probleme nachbesetzen könne. Man wolle den Eltern ein Stück weit entgegenkommen.

Herr Strüwer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die 5. Nachtragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Offenen Ganztagschule im Primarbereich der Stadt Hagen wird beschlossen, wie sie als Anlage Gegenstand dieser Beschlussvorlage ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Veröffentlichung der 5. Nachtragssatzung zu einem geeigneten Zeitpunkt mit Wirkung ab dem Schuljahr 2010/2011 vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

9. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Herr Losch fragt nach dem Bolzplatz, der in der Frankfurter Straße 24 gebaut werden sollte, nachdem ein Wohnhaus abgerissen worden sei. Er möchte wissen, wann mit der Einrichtung dieses Bolzplatzes begonnen würde.

Herr Goldbach erklärt dazu, dass nach seinem Kenntnisstand in der Verwaltung eine Planung hierzu vorliege. Es gebe allerdings noch keine abgestimmte Verwaltungsvorlage dazu. Von daher gebe es auch noch keinen Termin für den Beginn der Bauarbeiten.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.30 Uhr

gez. Strüwer
Vorsitzender

gez. Hogrebe
Schriftführerin